



Mandanten-Informationen

Verschiedene Rechtsvorschriften verpflichten mich, Ihnen nachfolgende Informationen zu erteilen. Lesen Sie sie bitte in Ruhe und wenden sich bei Nachfragen unmittelbar an mich.

I. Vergütung anwaltlicher Tätigkeit (§ 49b BRAO)

Bereits mit der Erteilung Ihrer Information wird nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) ein Vergütungsanspruch ausgelöst. Dessen Entstehung und Höhe ist unabhängig vom Erfolg anwaltlicher Tätigkeit. Etwas anderes kann gelten, wenn mir ein Fehler unterlaufen ist, für den Sie mich haftbar machen können.

Richtet sich mein Honorar nach dem Gegenstandswert, habe ich Sie – nur – hierauf hinzuweisen. Auf der Grundlage dieses Wertes errechnet sich dann die Vergütung, deren ungefähre Höhe Sie auch auf meiner Homepage <https://www.ra-jannack.de> unter Informationen/Kosten ermitteln können.

II. Verhältnis zur Rechtsschutzversicherung

Auch wenn Sie eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben, bleiben Sie als mein Auftraggeber verpflichtet, mein Honorar zu bezahlen. Dies gilt unabhängig davon, ob und in welcher Höhe (etwa wegen einer vereinbarten Selbstbeteiligung) Ihre Versicherung Vergütungsbestandteile erstattet. So übernehmen einige Versicherer z.B. keine Fahrtkosten und Abwesenheitsgelder für Reisen (z.B. zum auswärtigen Gericht).

Beauftragen Sie mich mit der Korrespondenz mit Ihrer Rechtsschutzversicherung, stehen mir hierfür gesonderte Gebühren zu, die in keinem Falle von der Rechtsschutzversicherung getragen werden. Das anwaltliche Berufsrecht verbietet es mir, im Vorfeld auf diese Vergütung zu verzichten (§ 49 b BRAO).

III. Offenbarungspflicht über Vermögensverhältnisse

Sind Sie aufgrund Ihres Einkommens bzw. Vermögens nicht in der Lage, die voraussichtlich entstehenden Anwaltsgebühren selbst zu tragen, müssen Sie mir dies bereits vor Auftragserteilung offenbaren bzw. dies unverzüglich nachholen. Wir klären dann, ob Ihnen Beratungshilfe oder Prozesskostenhilfe zusteht.

Liegen die Voraussetzungen indes nicht vor, bleiben Sie verpflichtet, die Anwaltsgebühren zu zahlen. Dies gilt auch, wenn Sie im Falle der Beauftragung mit der Erhebung einer Klage oder im Falle der Rechtsverteidigung im Wege der Prozesskostenhilfe Ihre Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht rechtzeitig vor Abschluss der Instanz oder bei vorgeschaltetem Prozesskostenhilfverfahren bei Beantragung desselben einreichen oder die Gewährung von Prozesskostenhilfe versagt wird. Im Übrigen befreit Sie die Prozesskostenhilfe nicht von der Pflicht zur Erstattung gegnerischer Kosten, wenn Sie unterliegen.

IV. Vermögensschadenhaftpflichtversicherung

Ich unterhalte eine Berufshaftpflichtversicherung bei R+V Allgemeine Versicherung AG, Mittlerer Pfad 24, 70449 Stuttgart, Tel.:07 11 – 49 52 01 0; Fax: 07 11 – 49 52 01 11.

Der Versicherungsschutz gilt räumlich

- in der Bundesrepublik Deutschland
- im europäischen Ausland bei Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Beratung/Beschäftigung mit europäischem Recht bzw. der Vertretung vor europäischen Gerichten
- weltweit in Höhe der gesetzlichen Mindestversicherungssumme bei Tätigkeiten vor außereuropäischen Gerichten.

V. Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Torsten Jannack | Rechtsanwalt | Fachanwalt für Arbeitsrecht
Kleppingstraße 20
44135 Dortmund
E-Mail: info@ra-jannack.de
Telefon: +49 (0) 2 31 72 48 524
Fax: +49 (0) 2 31 72 48 518

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie mich mandatieren, erhebe ich folgende Informationen:

- Vorname, Nachname, Geburtsdatum, -ort, -name
- Anschrift, Staatsangehörigkeit
- Kommunikationsdaten (Telefonnummern, E-Mail)
- Bankverbindung
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur unverzüglichen Weiterleitung etwaiger Fremdgelder an Sie;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von mir erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass ich nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet bin oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber mir zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass ich die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen darf;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von mir verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei mir erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;

- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei mir gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei mir gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie mir bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@ra-jannack.de.